

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ



SPD-Fraktion *direkt*

Ausgabe 2016 | 06

12.02.2016

INHALT

ZUR LAGE **2**

ZUR WOCHE **4**

SPD-FRAKTION KÜMMERT SICH UM BEZAHLBAREN WOHNRAUM **4**

SPD-FRAKTION STEHT ZU ZWEITER RHEINBRÜCKE BEI WÖRTH **4**

SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ | GESCHÄFTSSTELLE

V.i.S.d.P.: CARSTEN PÖRKSEN | PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION
KAISER-FRIEDRICH-STRASSE 3 | 55116 MAINZ
www.spdfraktion-rlp.de

ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

bereits seit einigen Monaten wird nun darüber diskutiert, mit welchen Summen die CDU-Fraktion die Eltern von Kindergartenkindern belasten möchte. Bis heute wirft die CDU-Fraktion um ihre Vorsitzende Julia Klöckner in dieser Frage mit Nebelkerzen. Es heißt lediglich vage, dass Eltern von Kita-Kindern "durchschnittlich" nur 30 Euro pro Monat zahlen sollten. Offen lässt die Opposition aber etwa, bis zu welcher Höhe Väter und Mütter zur Kasse gebeten werden sollen und ob die genannten Beträge nur Einstiegszahlen sind. Gänzlich unseriös ist auch die Finanzkalkulation der CDU-Fraktion: Vor eineinhalb Jahren wollte sie mit der Klöckner-Steuer gut 80 Millionen Euro generieren; nun spricht sie neuerdings von gut 47,8 Millionen Euro pro Jahr. Fakt ist, dass diese Summen nur erreicht werden können, wenn Normalverdiener, nämlich die Mitte der Gesellschaft, zur Kasse gebeten werden.

Unser Parlamentarischer Geschäftsführer Carsten Pörksen hat Recht, wenn er sagt, dass die CDU-Fraktion die ehrenamtliche Tätigkeit der Mütter und Väter im Landeselternausschuss (LEA) skandalisiert, um von dieser geplanten Belastung der Eltern abzulenken. Die Eltern im Landeselternausschuss vertreten die Interessen ihrer Kinder und setzen sich für die Kindertagesstätten und die gute Qualität in diesen ein. Die Oppositionsfraktion ist sich offenbar nicht zu schade, diese Ehrenamtlichen zu attackieren und pauschal zu verunglimpfen.

Wir als SPD-Fraktion und ***unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer*** setzen auf **gebührenfreie Kindertagesstätten** in Rheinland-Pfalz:

- Gebührenfreiheit sorgt für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und fördert Bildungsgerechtigkeit.
- In Rheinland-Pfalz sind in den vergangenen Jahren viele Krippen- und Kita-Plätze geschaffen worden.
- Die rot-grüne Koalition hat stetig in Ausbau und Qualitätsverbesserungen in Kindertagesstätten investiert sowie hohe Beträge für die gezielte Sprachförderung von deutschen und nichtdeutschen Kindern bereitgestellt.

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Alexander Schweitzer".

Alexander Schweitzer

ZUR WOCHE

SPD-Fraktion kümmert sich um bezahlbaren Wohnraum

Die neuen Pläne der Bundesregierung zur steuerlichen Förderung des privaten Wohnungsbaus nimmt unser wohnungsbaupolitischer Sprecher, **Thomas Wansch**, zum Anlass, auf die Maßnahmen zur Wohnungsbauförderung der rot-grünen Koalition in Rheinland-Pfalz aufmerksam zu machen. Mit Beginn des Jahres ist die Wohnraumförderung des Landes umgestellt worden. Vor allem wurden als neues Instrument der Investitionsförderung Tilgungszuschüsse eingeführt. Damit schafft die Koalition in einem Umfeld weiterhin sehr niedriger Zinsen einen verstärkten Anreiz zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. „Pro Jahr kann mit den insgesamt zur Verfügung stehenden Mitteln der Neubau von bis zu 4200 Wohnungen durch das Land gefördert werden. Schon vergangene Woche konnte Finanzministerin Doris Ahnen von positiven Entwicklungen bei den Förderanträgen an das Land berichten“, so **Wansch**.

Wansch begrüßt es, wenn auch der Bund seine Förderung noch einmal deutlich erhöhe. Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Sonderabschreibung werde man sich genau ansehen. **Wansch** betont: „Es kommt vor allem darauf an, dass die Förderung zielgenau ist, also tatsächlich preiswertes Bauen fördert, das dann auch in niedrigen Mieten seinen Niederschlag findet. Denn was fehlt, ist bezahlbarer Wohnraum, nicht Luxuswohnungen. Worauf es aber auch ankommt ist: Der Konsolidierungskurs des Landeshaushalts, den die SPD-Fraktion gemeinsam mit dem Koalitionspartner in der zu Ende gehenden Wahlperiode gegen die CDU-Fraktion durchgesetzt hat, darf nicht durch Steuerausfälle gefährdet werden.“

SPD-Fraktion steht zu zweiter Rheinbrücke bei Wörth

Zur geplanten zweiten Rheinbrücke bei Wörth erklärte unsere Abgeordnete für den Wahlkreis Germersheim, **Barbara Schleicher-Rothmund**: "Die rheinland-pfälzische Landesregierung positioniert sich klar für den Bau der zweiten Rheinbrücke bei Wörth. Dies hat der zuständige Staatssekretär Günter Kern heute im Innenausschuss mehr als deutlich gemacht. Es wird darauf gesetzt, das Verfahren zu Planung und Bau der Brücke ordnungsgemäß durchzuführen. Gerade die kürzlich erstattete Anzeige des BUND gegen den Landesbetrieb Mobilität (LBM) macht deutlich, dass schon die erste vermeintliche Gelegenheit

von den Brückengegnern ergriffen wird, um gegen den Bau der zweiten Rheinbrücke zu klagen. Ein gerichtsfestes Vorgehen ist daher unerlässlich."

Astrid Schmitt, unsere verkehrspolitische Sprecherin, ergänzte: *"Die CDU auf beiden Seiten des Rheins hat bis heute nicht begriffen, wie wichtig ein rechtssicheres Verfahren ist. Weil die Koalition in Baden-Württemberg einfach auf das notwendige Raumordnungsverfahren verzichtet hat, musste das laufende Planfeststellungsverfahren durch die Prüfung der Parallelbrücke verlängert werden. Man muss es deutlich sagen: Rheinland-Pfalz hat seine Hausaufgaben gemacht, für die Verzögerung sind Akteure in Baden-Württemberg verantwortlich."*

Schleicher-Rothmund ergänzte: *"Dass jetzt die CDU-Fraktion ausgerechnet die Anzeige des BUND gegen den LBM zum Bau der zweiten Rheinbrücke instrumentalisiert, verwundert nicht. Die Opposition sieht sich eher in der Rolle des Panikmachers, als in der des Handelnden. Sie stiftet bewusst Verwirrung und hantiert mit Zahlen, die an der Realität vorbeigehen. Dabei wäre es gerade der CSU-Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt, der mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan wieder Druck in das Verfahren bringen könnte. Offensichtlich verzögert er die Vorlage des Plans bis hinter den Wahltermin."*